



Allschwil, 18. August 2016

Die AHV ausbauen – die Rheinstrasse nicht!

Die Delegierten der SP Baselland wollen einen Ausbau der AHV und unterstützen die AHVplus-Initiative. Die Initiative für eine grüne Wirtschaft wird ebenfalls befürwortet. Zum Nachrichtendienstgesetz wurde die Nein-Parole beschlossen. Zudem wurden bereits die Parolen für zwei wahrscheinlich im November zur Abstimmung gelangende kantonale Vorlagen gefasst: 2 x Nein zum Ausbau der Rheinstrasse und Ja zum Energiegesetz.

Im Vordergrund stand die Parolenfassung zur **Initiative AHVplus**. Landrätin Kathrin Schweizer zeigte auf, dass die AHV die wirksamste aller Sozialversicherungen ist und dass es unerlässlich ist, mit einer Erhöhung der Renten um 10% die bei der 2. Säule zu erwartenden Einbussen sozial gerecht zu kompensieren. Einstimmig fassten Die Delegierten der Ja-Parole.

Ebenso einstimmig war die Unterstützung der **Initiative „Grüne Wirtschaft“**, die, wie Landrätin Mirjam Würth aufzeigte, einen wichtigen Beitrag zur Umstellung unserer Wirtschaft zur Nachhaltigkeit leisten kann.

Zu mehr Diskussionen kam es bei der Parolenfassung zum **Nachrichtendienstgesetz**. Ronja Jansen, Vorstandsmitglied der JUSO BL, beantragte eine Ablehnung, weil die Erweiterung der Kompetenzen des Nachrichtendienstes und die dadurch möglichen Eingriffe in die Privatsphäre zu weit gingen. Die Delegierten folgten dieser Empfehlung mit 74 Nein-Stimmen gegen 24 Delegierte, die für eine Annahme votierten.

Ebenfalls bereits gefasst wurden die Parolen zu zwei kantonalen Vorlagen, die erst im November zur Abstimmung gelangen. Auf Antrag von Landrat Martin Rüegg wurde zur überrissenen Initiative für den Ausbau der **Rheinstrasse** einstimmig sowie zum Gegenvorschlag von Regierung und Landrat dazu bei zwei Gegenstimmen ein doppeltes Nein beschlossen. In der Stichfrage soll der Vorzug dem Gegenvorschlag gegeben werden.

Zur Revision des **Energiegesetzes** und zur damit verbundenen Verfassungsänderung empfahl Landrat Urs Kaufmann die Zustimmung. Mit der darin vorgesehenen Energieabgabe und der Verlängerung der Fördermassnahmen für die energetische Sanierung von Gebäuden kann ein wichtiger Beitrag für ein ökologischeres Baselbiet geleistet werden.

Weitere Auskünfte:

Caroline Rietschi, Vizepräsidentin SP BL

079 466 56 20

Florian Schreier, Vizepräsident SP BL

079 572 82 44

Sozialdemokratische Partei
Baselland

Rheinstrasse 17
Postfach 86 · 4410 Liestal

Telefon 061 921 91 71
Telefax 061 921 68 70

info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch
www.zukunftstatabbau.ch

**ZUKUNFT
STATT
ABBAU**